

Es informiert Sie	Sylvia Habiger
Telefon	+49 202 563 2336
Fax	+49 202 563 8531
E-Mail	Sylvia.Habiger@stadt.wuppertal.de
Datum	08.06.2020

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/1567/20) am 03.06.2020

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Wessel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Werner Buntrock , Frau Rosemarie Gundelbacher , Herr Arnold Norkowsky ,

von der SPD-Fraktion

Herr Arif Izgi , Frau Ulrike Fischer , Herr Thomas Kring , Frau Sabine Schmidt ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Marcel Gabriel-Simon , Frau Ilona Schäfer ,

von der FDP-Fraktion

Frau Gisela Schlüter , Frau Eva Schroeder ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Susanne Herhaus ,

von der Fraktion Freie Wähler

Herr Axel Straub ,

Mitglied mit beratender Stimme

Frau Petra Bömkes , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Martin Hamburger , Herr Dr. Christoph Humburg ,

von der Verwaltung

Frau Sandra Heinen , Frau Marianne Krautmacher , Herr Dr. Stefan Kühn , Frau Bärbel Mittelmann
, Frau Dr. Ute Wenzel ,

Schriftführerin:

Sylvia Habiger

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 17:08 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Aktuelle Entwicklungen bei der Inklusion – in Wuppertal und darüber hinaus, Frau Heinen - Inklusionsbeauftragte

Frau Heinen bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für das Interesse am Thema Inklusion. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit ist weiterhin der einzige Ausschuss, der Inklusion als Regel-Tagesordnungspunkt hat. Sie weist im Rahmen Ihres Inklusions-Berichtes insbesondere auf die folgenden Punkte hin:

- Aufgrund der Covid-19-Pandemie fallen viele dringend benötigte Veranstaltungen aus. Auch die Großveranstaltung „Gemeinsam Barrieren abbauen“ konnte am 08.05.2020 nicht stattfinden.
- Bei der Abstimmung mit dem VRR bezüglich der Thematik Radschloss/Radabstellboxen hat Frau Heinen auf die mangelnde Barrierefreiheit des bereits in vielen Städten verbauten Systems hingewiesen. Mit Ihrem Impuls hat Sie erreicht, dass künftig hier mehr auf die Barrierefreiheit geachtet wird.
- Für Oktober 2020 waren besondere Veranstaltungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen geplant, die auch Covid-19-bedingt abgesagt werden mussten. Das dafür zur Verfügung stehende Budget wird stattdessen für eine Kampagne des Beirats der Menschen mit Behinderung und die geplante Wahl im September 2020 genutzt, da der Beirat dringend Nachwuchs benötigt.
- Das Intensivpflege- und Beatmungs-Gesetz befindet sich immer noch im Entwurf. Es ist nach wie vor kein Wahlrecht für beatmungspflichtige Menschen mit Behinderung verankert, so dass für selbige keine Selbstbestimmung über den Wohnort möglich ist. Dies widerspricht den Menschenrechten.

Weiterhin geht Frau Heinen darauf ein, dass Corona die Menschenrechte einschränkt. Sie sagt der Alltag von Menschen mit Behinderung sei generell schon eingeschränkt, und jetzt in der Corona-Zeit trifft es diese Personengruppe noch mehr als andere Menschen. Sie verweist auf den ersten Entwurf des Triage-Systems, der Menschen mit Behinderung von der Beatmung im Covid-19-Fall ausschließen sollte. Hier wurde zwar nochmals nachgebessert, so dass eine Behinderung kein alleiniger Ausschlussgrund für die Beatmung ist, jedoch sieht Frau Heinen hier noch Handlungsbedarf. Daher wird das Inklusionsbüro sein Augenmerk 2020/2021 auf die Covid-19-Thematik legen, denn Corona ist ein großer Stresstest für die Inklusion.

Abschließend verkündet Frau Heinen, dass das Inklusionsbüro zum 15.06.2020 mit einer zweiten Kollegin besetzt wird, so dass künftig mehr Themenfelder vom Inklusionsbüro bearbeitet werden können.

Herr Wessel dankt Frau Heinen für den Bericht. Frau Schäfer bedankt sich insbesondere dafür, dass Frau Heinen auch intensiv auf die aktuelle Situation eingegangen ist. Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten die Debatte zum Triage-System auch politisch führen. Frau Schäfer hofft, dass ein weiterer Impuls zur Wichtigkeit der Thematik durch den Beirat der Menschen mit Behinderung oder das Inklusionsbüro ergeht.

2 **7. Bericht des Inklusionsbüros**
Vorlage: VO/0238/20

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

3 **Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt**
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.03.2020
Vorlage: VO/0211/20

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

3.1 **Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt - Antwort auf Anfrage**
Vorlage: VO/0211/20/1-A

Frau Schäfer dankt für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Herr Dr. Kühn gibt einen Ausblick für die kommenden Monate. Er erklärt, dass wir uns bereits mitten in einer Wirtschaftskrise befinden, die leicht Entlassungen - insbesondere von Nicht-Leistungsträgern – mit sich bringen kann. Er bittet um Wiedervorlage des Themas im ersten Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit im Jahr 2021.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

4 **Verwendung zusätzlicher Haushaltsmittel für die Suchtberatung, Schuldnerberatung, Prävention in der Wohnungslosenhilfe sowie für die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGFW)**
Vorlage: VO/0326/20

Herr Kring möchte den Tagesordnungspunkt 5 direkt mit aufgreifen, da beide Tagesordnungspunkte thematisch zusammengehören. Er ist froh über die zusätzlichen Haushaltsmittel, und dass damit endlich den Beratungsstellen ein Stück finanzielle Hilfe für ihre wichtige Tätigkeit gegeben wird. Der Rat hat die Verwendung der zusätzlichen Haushaltsmittel für 2020 bereits beschlossen. Herr Kring möchte beantragen die Mittel für 2021 ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Die einzige Ausnahme soll die Ausschüttung von 95.000 € statt der vollen 100.000 € an die Schuldnerberatung sein. Die 5.000 € sollen im Zweifel für das Arbeitslosenzentrum wo sie fehlen zur Verfügung stehen. Die Verwaltung möge prüfen, wie das Arbeitslosenzentrum zu retten ist ohne die o. g. Mittel zu verwenden.

Herr Dr. Humburg begrüßt den Antrag auf Mittelerhöhung. Er findet das

Arbeitslosenzentrum ebenfalls wichtig, findet es aber schwierig das Signal zu senden, dass benötigte Mittel für eine dortige Verwendung anderweitig weggenommen werden, da die Armut den Mittelstand längst erreicht hat. Er möchte den Antrag nicht blockieren, schlägt aber vor die fehlenden 5.000 € woanders herzuholen.

Herr Wessel sieht es als wichtig an, das Gesamtpaket auf die Reise zu schicken.

Frau Schäfer ist erfreut über die Verteilung der zusätzlichen Haushaltsmittel und die große Einigkeit zur Notwendigkeit das Arbeitslosenzentrum zu erhalten. Coronabedingt steigt der Bedarf dafür noch an. Sie sieht die Entnahme der 5.000 € aus den Mitteln für 2021 nicht als Wegnahme, sondern als eine Umverteilung zusätzlicher Mittel. Ihr Wunsch ist, dass die Verwaltung den fehlenden Teil anderweitig bereitstellen möge, und einen entsprechenden Vorschlag bzw. ein Prüfergebnis bis zum Finanzausschuss vorlegen solle.

Herr Dr. Kühn erläutert coronabedingt anstehende Mehrausgaben und dem gegenüber Mindereinnahmen im Sozialbereich für 2021. Die Sichtweise einen Zuschuss an einer Stelle zu reduzieren und an anderer Stelle anzusetzen sieht er als problematisch an, denn die Träger der Schuldnerberatung erhalten additiv noch 95.000 € zusätzlich. Alternativ schlägt er eine Anfrage beim Kämmerer vor um bis zum Finanzausschuss zu sehen, ob eine andere Einigung möglich ist. Herr Dr. Kühn spricht den Kämmerer an und wendet sich danach an die Fraktionen.

Herr Wessel fragt nach weiteren Einwendungen. Da es keine gibt ist der Vorschlag einstimmig angenommen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

5 Unterstützung für das Arbeitslosenzentrum
Vorlage: VO/0345/20/1-Neuf

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Einstimmig ungeändert beschlossen.

6 Erste Satzung zur Änderung der Satzung für die Jobcenter Wuppertal AöR
Vorlage: VO/0385/20

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit empfiehlt dem Rat der Stadt Wuppertal einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

7 Antrag der SPD-Ratsfraktion: Sozialer Arbeitsmarkt in Wuppertal
Vorlage: VO/0458/20

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Einstimmig ungeändert beschlossen

8 Sozialdatenatlas
Vorlage: VO/0459/20

Herr Kring begrüßt die intelligente Fortschreibung der bisherigen Sozialdatenanalyse.

Herr Dr. Hamburger möchte wissen wie es mit der Fortschreibung der Zahlen aussieht, da die vorliegenden nur bis Ende 2018 gehen. Er möchte von Herrn Dr. Kühn wissen, welche Konsequenzen aus den Zahlen gezogen werden sollen.

Herr Gabriel-Simon sieht auf der Basis der Sozialdatenindikatoren starke negative Veränderungen, er möchte wissen was danach passiert. Wird es Gespräche mit den sozialen Trägern in den Stadtteilen geben? Er dankt ebenfalls für den Bericht.

Herr Dr. Kühn führt aus, dass der Datenbestand von Ende 2018 unbefriedigend ist. Dies sei der Vakanz einer Stelle in der Jugendhilfeplanung geschuldet. Ein Kollege habe dann die Arbeit übernommen, sich daraufhin aber erneut beruflich verändert. Derzeit ist die Aktualisierung auf den Datenbestand Ende 2019 in Bearbeitung. Aus Sicht von Herrn Dr. Kühn ist es insbesondere aufgrund inhaltlicher Änderungen wichtig die Zahlen auf einen aktuellen Stand zu bringen. Der Sozialdatenatlas ist ein Kompass der sozialen Arbeit bzw. ein Priorisierungsinstrument, es gibt konkrete Auswirkungen auf Förderprojekte und die Budgetverteilung der Stadt Wuppertal, auch z. B. die Zuordnung der Stellen der Schulsozialarbeit greift auf die dortigen Daten zurück.

Frau Schäfer erläutert, dass das Quartier Rott schon vorher Handlungsbedarf hatte, aber insgesamt als gutes Quartier gesehen wurde. Sie wundert sich, dass das Quartier nun bereits hohen Handlungsbedarf aufweist und möchte wissen, wie sich diese Entwicklung dargestellt hat.

Herr Dr. Kühn erklärt, dass die Quartiere Rott und Barmen Mitte solche mit vielen Neuzugezogenen seien, das bedeutet Quartiere mit besonderen Bedarfen. Am Rott ist die Struktur bereits sehr gut, und die Zahlen sprechen für mögliche Förderungen (z. B. erfolgte bereits eine Förderung für den Kunstrasenplatz im Quartier).

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

9 Maßnahmen zur Corona Prävention bei obdachlosen Menschen in Wuppertal
Vorlage: VO/0499/20

Herr Dr. Hamburger bedankt sich für den Bericht. Er hebt insbesondere die schnelle Bearbeitung der Thematik in der Corona-Zeit hervor, die das Zusammenstehen zeigt.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Entgegennahme ohne Beschluss

**10 Betriebskostenzuschüsse 2020 an die Träger der Altentagesstätten
Vorlage: VO/0508/20**

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 03.06.2020:

Einstimmig ungeändert beschlossen

11 Mitteilungen der Verwaltung

12 Verschiedenes

Frau Schäfer möchte wissen:

1. Der Vergleich der Zahlen von Wuppertal zu anderen Städten zeigt hohe Todeszahlen in Wuppertal. Hier war ein Altenheim stark betroffen. Ist dies der Hauptgrund, oder gibt es andere Gründe?
2. Im Rahmen der Auslastung des Gesundheitsamtes sind die Schuleingangsuntersuchungen in diesem Jahr nicht durchgeführt worden. Gibt es hierzu eine Alternative?

Herr Dr. Kühn führt zur ersten Frage aus, dass die Todeszahlen und auch die bekannten Infektionen deutlich über anderen Städten liegen, und es auch in Krankenhäusern einige Todesfälle gegeben hat. Er führt die hohen Zahlen auf die vielen Tests in Wuppertal zurück, da Fachleute von einer Dunkelziffer bis 90% ausgehen.

Frau Dr. Wenzel erläutert zur zweiten Frage, dass dieses Thema dem Gesundheitsamt große Sorgen bereitet. Das gesamte Amt war und ist im Bereich Corona-Projekte aktiv beteiligt, jetzt wurden einzelne Mitarbeiter*innen für Priorisierungen weiterer Themen freigestellt. Ein Problem stellt zudem die zu geringe Zahl an Kinderärzt*innen dar, die auch bereits an die Regierung gemeldet wurde. Bei den Kinderärzt*innen gab es aktuell eine Kündigung, hier hofft man auf zeitnahe Wiederbesetzung der Stelle und auf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle. Bei der Regierung hofft man, dass die ausgefallenen Untersuchungen im kommenden Jahr nachgeholt werden können. Herr Dr. Kühn ergänzt, dass man nicht nur versucht mit der Covid-19-Pandemie umzugehen, sondern auch zu sehen, wie man generell mit solchen Pandemiefällen zukünftig umgehen kann (z. B. wird derzeit geschaut, wo mehr Personal nötig ist).

Herr Gabriel-Simon fragt an:

1. Pro 100.000 Einwohner sollten in den Gesundheitsämtern fachliche Stellen aufgestockt werden. Ist dies im Rahmen der Covid-19-Pandemie

bereits geschehen?

2. Dass die große Anfrage zur kassenärztlichen Versorgung auf der Tagesordnung fehlt ist für ihn aufgrund der aktuellen Lage durchaus nachvollziehbar. Die Thematik ist jedoch nach wie vor sehr wichtig. Er möchte wissen, inwieweit das Gesundheits- und das Sozialamt eine Beantwortung der Anfrage bis Ende der Wahlperiode für möglich sehen, oder ob es eine neue Anfrage nach der Neuwahl geben solle.

Frau Dr. Wenzel führt zur ersten Frage aus, dass während der aktuellen Pandemie alle 59 Vollzeitstellen des Gesundheitsamtes, zusätzliche städtische Mitarbeiter*innen und Student*innen am Thema Covid-19 arbeiten. Die städtischen Mitarbeiter*innen sind mittlerweile wieder auf ihre originären Stellen zurückgekehrt, bis auf 3-4 Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes sind nach wie vor alle am Covid-19-Projekt tätig. Zunächst muss eine Rücknahme der originären Aufgaben des Gesundheitsamtes neben der zeitgleichen Bearbeitung von Covid-19 erfolgen. Derzeit versucht man Unterstützung durch Werksstudenten und Studenten über das RKI einzustellen. Sollten sich die Covid-19-Fallzahlen wieder erhöhen, so müsse das Gesundheitsamt auch wieder auf städtische Mitarbeiter*innen zurückgreifen. Aktuell wird ein Konzept erstellt, um die Menschen zur Verfügung zu haben, die im Ernstfall gebraucht werden (Vorstellung beim Kämmerer steht bevor).

Herr Dr. Kühn erklärt zur zweiten Frage, dass die Thematik bitte Anfang 2021 in die neue Legislaturperiode aufgenommen werden soll, da es sehr problematisch ist das Gesundheitsamt aktuell an die Beantwortung entsprechender Anfragen zu binden.

Frau Schröder interessiert sich für die Sterbezahlen der letzten Jahre im Vergleich zu Covid-19, ihr liegen die Zahlen nur bis März 2020 vor. Sie wünscht die Bereitstellung der Zahlen auch für April/Mai 2020 und bittet um Bereitstellung der Vergleichszahlen an den gesamten Ausschuss. Herr Dr. Kühn sagt zu sich um die Bereitstellung der Zahlen zu kümmern.

Herr Dr. Hamburger möchte wissen nach welchen Kriterien Covid-19 als Todesursache festgelegt wird. Bei Grippe o. a. Krankheiten sei eine solche Abgrenzung nie erfolgt. Frau Dr. Wenzel erklärt, dass in manchen Fällen Covid-19 klar wegen Atemproblemen als Ursache zu sehen ist. Viele Erkrankte seien auch positiv getestet mit einem typischen Verschlechterungsverlauf. Leider gibt es nur wenige Obduktionen, und wo diese gemacht wurden, hat man häufig eine Lungenembolie oder Thrombosen festgestellt. Oft gibt es auch einen flachen Krankheitsverlauf, und dennoch sind die Betroffenen verstorben. Es ist sehr schwierig die Ursache hier auseinanderzuhalten. Ein Untersuchungsteam hätte jeden Fall eines Covid-19-Toten nochmals untersuchen müssen, hierfür gibt es jedoch keine Kapazitäten. Bei den im Krankenhaus verstorbenen Personen waren alle an Covid-19 erkrankt.

Herr Wessel fasst abschließend zusammen, dass viele Erkenntnisse dieser Zeit den Umgang mit Krisen und Pandemien nach Covid-19 prägen werden. Er dankt für die Sitzung und den konstruktiven Austausch und wünscht allen Ausschussteilnehmer*innen eine gesunde Sommerpause.